

Wissenschaft als transformativer Hebel für nachhaltige Entwicklung –
Wissenschaftspolitik als „game changer“

Kurzbericht zum SDSN Germany Panel beim German Sustainability Science Summit am 09. Juli 2021

Im Rahmen des [German Sustainability Science Summit \(G3S\)](#) (8./9. Juli 2021) organisierte SDSN Germany ein Panel zum Thema „Science as a transformative lever for sustainable development – science policy as a game changer“. Der G3S wurde vom [Deutschen Komitee für Nachhaltigkeitsforschung \(DKN\)](#) ausgerichtet. Neben [Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge](#) (Co-Vorsitzende von SDSN Germany und Direktorin des DIE), lieferten [Prof. Jacqueline McGlade](#) (Professorin für „Natural Prosperity, Sustainable Development and Knowledge Systems“ am Institute for Global Prosperity, UCL, London), [R. Andreas Kraemer](#) (Gründer und Direktor Emeritus des Ecologic Instituts, Berlin) sowie [Dr. Steffi Ober](#) (Initiatorin und Ko-Sprecherin des Projektes „Forschungswende“) Impulse zum Thema. Moderiert und inhaltlich geleitet wurde die Runde von [Dr. Sabrina Schulz](#) (Geschäftsführende Direktorin von SDSN Germany).

Die Diskussion konzentrierte sich auf *Wissenschaft* als Hebel zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs), wie dies in der [Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie \(DNS\)](#) inzwischen grundsätzlich verankert ist. Die Frage lautete, wie dieser Hebel effektiv für die Stärkung nachhaltiger Entwicklung wirken könne. Alle Sprecher*innen sahen **akuten Handlungsbedarf, sowohl auf Seiten der Wissenschaft als auch auf Seiten der Politik**. Unabdingbar sei, dass **Wissenschaft sich beratungsfähig mache**. Sie müsse anwendbare Lösungen für konkrete Nachhaltigkeitsprobleme entwickeln und diese verständlich in den Dialog mit der Politik einbringen. Die **Politik müsse** ihrerseits verstärkt institutionelle Umsetzungsprobleme angehen und **mehr Bereitschaft zeigen, sich wissenschaftlich beraten zu lassen**. Dabei dürfe sich die Politik aber weder hinter den Erkenntnissen der Wissenschaft „verstecken“ noch diese instrumentalisieren.

Stärkerer Fokus auf Sozial- und Geisteswissenschaften in der Nachhaltigkeitsforschung

Der ganzheitliche Ansatz der 2030 Agenda mit ihren ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten verlange, **Forschung für nachhaltige Entwicklung gleichwertig als die Aufgabe aller wissenschaftlicher Disziplinen** zu begreifen. Während der Fokus hier traditionell vor allem auf den Naturwissenschaften läge, seien die Beiträge der sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschung ebenso relevant. Um der Komplexität der Transformationsaufgaben gerecht werden zu können, müsse **Forschung für nachhaltige Entwicklung inter-, multi- und transdisziplinär** sein und die Potentiale der Zusammenarbeit über disziplinäre Grenzen hinweg sowie auch mit nicht wissenschaftlichen Akteuren nutzen. Ferner müsse ein **Schwerpunkt auf die interdisziplinäre** (nicht vornehmlich natur- & wirtschaftswissenschaftliche) **Szenarioforschung** gelegt werden, um das Zusammenspiel von ökologischen und klimatologischen Veränderungsprozessen mit sozialen und politischen Transformationsprozessen, Regimewechseln und Machtverschiebungen zu analysieren.

Mehr Flexibilität und Tempo innerhalb des Wissenschaftssystems

Um mehr inter-, multi- und transdisziplinäre Forschung zu ermöglichen, müsse jedoch auch die Wissenschaftsförderung eine **flexiblere Kombination von Methoden und Ansätzen** über disziplinäre Grenzen hinweg ermöglichen. Es brauche neuer Ansätze in der Wissenschaft, um **Lösungen für reale Probleme mit unmittelbarer politischer Relevanz** zu generieren. Wenn die Wissenschaft allein Theorien und Methoden zum Ausgangspunkt aller wissenschaftlicher Arbeit mache, blockiere sie sich oft selbst. Neben erhöhter Flexibilität im Wissenschaftssystem seien auch eine **raschere Bewilligung und Umsetzung von Forschungsgeldern** sowie eine **schnellere Veröffentlichung wissenschaftlicher Erkenntnisse** notwendig. Junge Wissenschaftler*innen bräuchten die Möglichkeit, Zwischenergebnisse früher zu teilen und dadurch in den Austausch zu kommen. Die durch die Reduzierung der Grundfinanzierung der Hochschulen bestehende Notwendigkeit, Drittmittel einzuwerben, sowie der enorme Druck auf die Forschenden, stetig Ergebnisse publizieren zu müssen, müssten mittels längerfristiger Förderperioden, die auch die transdisziplinäre Erarbeitung von Forschungsergebnissen zulassen, durchbrochen werden.

Bessere und nachvollziehbare Forschungsförderung

Die Pandemie habe nicht nur die Bedeutung der Wissenschaft zur Lösungsfindung unterstrichen, sondern vor allem gezeigt, dass schnelles Handeln möglich ist, wenn politisch gewollt. Nun müsse die Politik auch für nachhaltige Entwicklung insgesamt die gleiche Bereitschaft zeigen zu handeln und Geld für Forschung zur Verfügung zu stellen. Um die für die Transformation notwendige Dynamik auch in der Forschung zu fördern, könne man sich auf nationaler Ebene ein **Beispiel an verschiedenen innovativen europäischen Fördermodellen** nehmen, wie bspw. explizit **Fördermittel für politikrelevante Forschung und deren praktische Anwendung** auszuschreiben. Allgemein sei in der wissenschaftlichen Community noch zu wenig bekannt, welche **integrierten Politik- und Maßnahmenpakete** es für die Förderung nachhaltiger Entwicklung gibt und wie diese funktionieren. Um die **Kohärenz in der Wissenschaftspolitik zu stärken**, aber auch um das Teilen von Forschungsergebnissen zu fördern und den gegenseitigen Aufbau auf vorhandenem Wissen zu erleichtern, müssten auch die verschiedenen Anlaufstellen für die Forschungsförderung stärker vernetzt werden.

Neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Gesellschaft

Neben einer ausreichenden Finanzierung von bestehenden Beratungsgremien und Forschungsorganisationen sollten insbesondere auch **junge Menschen und die Bürger*innen vor Ort ins Gespräch einbezogen werden** und auch ihr Wissen den Weg in Wissenschaft und Politik finden. Dies gelte nicht nur für Deutschland. Für die **Schaffung und Mobilisierung neuer Wissensquellen** sei eine größere Flexibilität auf Seiten von Wissenschaft und Politik notwendig. Insbesondere solle hier das **Potential von Think Tanks gestärkt und besser genutzt werden**. Durch ihren häufig inter- und transdisziplinären Aufbau sowie stärkeren Anwendungsbezug brächten sie die unterschiedlichen Funktions- und Handlungslogiken von Wissenschaft und Politik oft leichter zusammen. Während an den Universitäten wissenschaftliche Politikberatung häufig nur als eine Nebenaufgabe verstanden würde, hätten sich Think Tanks diesem Ziel verschrieben. Ihre Rolle solle daher insbesondere im Bereich der nachhaltigen Entwicklung von politischer Seite durch finanzielle Unterstützung sowie die Bereitschaft ihnen Gehör zu schenken gestärkt werden.

Kritisch angemerkt wurde, dass die Forschungs- und Innovationslandschaft in Deutschland, einschließlich der [Hightech-Strategie 2025](#) des Bundes, derzeit von Wissenschaft und Industrie dominiert werde, obwohl die **zivilgesellschaftliche Perspektive zentral für die Festlegung der zukünftigen Forschungsagenden und den Brückenschlag in die spätere Anwendung durch die Gesellschaft** sei. So sollten auch in der parlamentarischen Beratung der Forschungsförderung alle drei Perspektiven berücksichtigt werden und zivilgesellschaftliche Stakeholder als aktive Akteure beteiligt werden. Konzepte wie **Ko-Design, Ko-Produktion, Ko-Interpretation und Ko-Implementierung** seien ernst zu nehmen sowie durch politisch und wissenschaftlich festgelegte Verfahren zu garantieren. Dadurch werde es Entscheidungsträger*innen besser möglich, die vielfältigen Anliegen der Bürger*innen zu verstehen und politische Prioritäten aus der Perspektive der „realen Welt“ zu setzen. Gerade aus demokratischer Sicht sei es unabdingbar, die Bürger*innen in das forschungspolitische Agenda-Setting einzubeziehen. Ohne ihre Bereitschaft und Unterstützung könnten die notwendigen Veränderungen nicht stattfinden.

Internationale Zusammenarbeit in der Wissensproduktion stärken

Zur Bewältigung globaler Herausforderungen bedürfe es einer Wissensproduktion, die das Entfalten der globalen Herausforderungen in unterschiedlichen Lokalkontexten weltweit mit den jeweils vor Ort ansässigen Wissenschaftssystemen gemeinsam erhebt, analysiert und Lösungsansätze erarbeitet. Forschungsförderung solle daher fest an Dialog und gegenseitiges Lernen mit Partnerländern aus allen Teilen der Welt gebunden sein. Nur **aktiver Austausch und Vernetzung durch gemeinsame Forschungsprojekte auf internationaler Ebene** führten dazu, dass das Bewusstsein für die weltweit und in den jeweiligen Ländern nötigen, nachhaltigen Veränderungen geschärft würde. Auch sei der Ausbau bisher stark unterentwickelter Wissenschaftssysteme von zentraler Bedeutung um weltgesellschaftliche Dialog- und Sprechfähigkeit herzustellen – eine Grundlage für gemeinsame Handlungsfähigkeit. Das Potential einer solchen „**Wissenschaftsdiplomatie**“ müsse deutlich stärker gefördert und genutzt werden. Dies müsse einhergehen mit dem **Abbau der enormen Unterschiede zwischen den Möglichkeiten der verschiedenen nationalen Wissenschaftssysteme und neuen Wegen, auch weniger gut ausgestattete Partner gleichberechtigt zu beteiligen**. Derzeit bestimmten die finanziell am besten ausgestatteten Wissenschaftssysteme die Agenda. Dies führe zu **Machtasymmetrien, die einen Dialog auf Augenhöhe verhindern**. Um die Ungleichgewichte in der Wissenschaftsfinanzierung auszugleichen sollten mehr Mittel für die Stärkung nationaler Wissenschaftssysteme insbesondere auch durch internationale und regionale Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Zusammenfassung

Es wurde deutlich, dass es trotz schon bestehender Forschungsstrukturen im Bereich Nachhaltigkeit **zusätzlicher Anstrengungen** bedarf, um **Wissenschaft als Hebel** einer Transformation hin zu nachhaltiger Entwicklung **wirksam zu machen**. Dies liege zum einen daran, dass **Wissenschaft** selbst sich **als Motor für zirkulare, CO2-neutrale Wohlstandssicherung**, statt linearem Wachstum wie bisher, neu erfinden muss. Zum anderen liege es daran, dass die **gravierenden Unterschiede zwischen Wissenschaftssystemen** global dazu führen, dass Bewusstsein über globale Herausforderungen ungleich in politische und gesellschaftliche Debatten getragen werde. Dies wiederum führe wiederholt zu einer **mangelhaften globalen Sprech- und Handlungsfähigkeit** in der Ausgestaltung der großen und

zwangsläufig notwendigen globalen Transformation zur Nachhaltigkeit. Um diese **strukturellen Hürden gezielt abzubauen**, sei zum einen die Politik gefragt, die neben der Schaffung einer funktionierenden Forschungsinfrastruktur auch für eine angemessene Finanzierung verantwortlich ist. Politik müsse aber auch Strukturen und Prozesse bereitstellen, um **mit der Wissenschaft in einen verbindlichen Dialog eintreten** zu können. Gleichzeitig müsse aber auch die **Wissenschaft selbst mehr Flexibilität und Offenheit** an den Tag legen und neue Stakeholder am Großvorhaben „Transformation für nachhaltige Entwicklung“ beteiligen.

Droste/Schulz, 03.08.2021